

**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS**  
**SPD-FRAKTION IN DER STADTVERTRETUNG NORDERSTEDT**

### Anfrage

in der Sitzung des Hauptausschusses vom 04.11.2024

Die von der Landesregierung geplante Justizreform für Schleswig-Holstein schlägt hohe Wellen und wird voraussichtlich auf Norderstedt erhebliche Auswirkungen haben. Die viertgrößte Stadt Schleswig-Holsteins soll hiernach sein in der Rathausallee 80 ansässiges Amtsgericht verlieren.

Das Amtsgericht ist ein fester Bestandteil der Stadtgesellschaft. Die Mitarbeitenden bieten gemeinsam mit dem Seniorenbeirat etc. Informationsveranstaltungen für die Norderstedterinnen und Norderstedter an. Aber sie sind vor allem fachlich versierte Ansprechpartner in Grundbuch-, Nachlass- oder Betreuungsangelegenheiten.

Ob Einsichtnahme in Grundakten, Beratung in Betreuungssachen oder auch Hinterlegung oder Entnahme aus der Hinterlegung von Testamenten. Das Amtsgericht ist hierfür zuständig und in Norderstedt-Mitte zentral und verkehrsgünstig gelegen und somit für jede und jeden gut zu erreichen.

Wenn nun die Pläne der Landesregierung tatsächlich verwirklicht werden und das Amtsgericht Norderstedt geschlossen und ausschließlich das Amtsgericht Bad Segeberg für den Kreis Segeberg zuständig wird, ist diese bürgernahe Versorgung nicht mehr gewährleistet.

#### **Frage an die Oberbürgermeisterin Katrin Schmieder:**

Inwieweit wurden Sie im Vorwege in die Pläne der Landesregierung eingebunden?

Wann haben Sie bzw. wann werden Sie aus Sicht der Stadt Norderstedt zu diesem Gesetzesvorhaben gegenüber der Regierung Stellung beziehen?

Stehen Sie zu diesem Thema im Austausch mit dem Landrat, der örtlichen Richter- und Anwaltschaft und beabsichtigen Sie, hier weitere Aktivitäten, um die Schließung des Amtsgerichts zu verhindern?

Für die SPD-Fraktion



Katrin Fedrowitz